

# Interpellation

der Fraktionen des Zentrums, der Bayernpartei  
und der WAV

**betr. Preissteigerung.**

Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß sie alles tun werde, um Preissteigerungen zu unterbinden. So hat der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht:

„Es besteht keinerlei Grund zur Beunruhigung, da die zu erwartenden Veränderungen auf dem Gebiet der Preise und Löhne im Ganzen nur zu relativ geringfügigen Verschiebungen führen werden. Gerade in dieser Beziehung wird es die Regierung als vornehmste Pflicht ansehen, soziale Ungerechtigkeiten und Spannungen zu verhüten und spekulativen Einflüssen keinen Raum zu geben.“

Bei der Pfundabwertung und auch später hat der Herr Bundeswirtschaftsminister Erhardt erklärt, daß keine Preissteigerungen für die Grundnahrungsmittel erfolgen werden.

Im Gegensatz zu diesen wiederholt von der Bundesregierung gegebenen Versprechungen sind die Preise wichtiger Lebensmittel in den letzten Monaten wieder angestiegen. Die Brotpreise sind gestiegen. Das sogenannte Konsumbrot ist in den meisten Bäckereien nicht zu erhalten. Die bisherigen Qualitäten sind im Durchschnitt 5 bis 7 Pf. je Pfund teurer geworden. Auch die Kartoffelpreise sind angestiegen, bis zu DM 7,— je Zentner. Desgleichen sind die Fleischpreise gestiegen. Zucker ist nur gelegentlich zu erhalten. Die Gesamtumsätze an Zucker sind zurzeit geringer als die des Vorjahres. Die Eierpreise sind um 75 % gestiegen. Die Bundesreserve an Getreide und die allgemeine Getreidereserve ist bis auf einen geringen Restbestand zusammengeschmolzen. Auch Reserven an Zucker, Fett und Futtermitteln sind nur in geringen Mengen vorhanden. Die Preisverbilligung gewisser Waren ist zum großen Teil auf Warenverschlechterung zurückzuführen.

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Widersprüche zwischen ihren Worten und Taten zu beseitigen?

Bonn, den 22. September 1950

Frau Wessel  
und Fraktion

Dr.-Ing. Decker  
und Fraktion

Tichi  
und Fraktion